



## **Tagung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 6. Oktober 2014**

Wir möchten eine inklusive Gesellschaft – das sagen nicht nur immer mehr Politikerinnen und Politiker, auch in Meinungsumfragen sprechen sich die Menschen in Deutschland mehrheitlich für Inklusion aus. Menschen mit und ohne Behinderungen möchten gemeinsam lernen, arbeiten und leben. Der Blick auf die bestehenden Strukturen markiert allerdings Handlungsbedarf: Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die an Förderschulen lernen, bleibt seit Jahren quasi unverändert. Immer mehr Menschen arbeiten in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und Menschen mit Unterstützungsbedarf leben nach wie vor häufiger in einer Wohneinrichtung statt in einer eigenen Wohnung.

Wie also können gemeinsame Lebenswelten für Menschen mit und ohne Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen möglich gemacht werden? Darüber diskutierten zahlreiche Expert\*innen und Bürger\*innen mit und ohne Behinderungen auf der Tagung „Schluss mit Sonderwelten – die inklusive Gesellschaft gestalten“ der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen am 6. Oktober 2014 in Berlin. In einem Gespräch mit Pablo Pineda Ferrer, dem ersten Europäer mit Down Syndrom, der einen Universitätsabschluss gemacht hat, öffnete sich abschließend der Blick auf die Situation in anderen Ländern.

Nach einleitenden Worten von Corinna Rüffer und Claudia Roth gaben Prof. Dr. Swantje Köbsell, Rebecca Maskos und Matthias Vernaldi, alle drei seit vielen Jahren in der emanzipatorischen Behindertenbewegung aktiv, Einblicke in die Entwicklung dieser Bewegung. Ein bestimmendes Thema ist dabei bis heute der Kampf gegen die Ausgrenzung behinderter Menschen, die auch durch die Existenz spezieller Einrichtungen gefestigt wird. Sie machten deutlich, dass der gut gemeinte Ansatz, Menschen mit Behinderungen durch Fachpersonal zu fördern, in der Praxis regelmäßig dazu führt, dass sie aus der Gesellschaft „herausgenommen“ werden.

Die drei anschließenden Diskussionsrunden nahmen die Bereiche Bildung, Arbeitsmarkt und Freizeit in den Blick und wie diese inklusiv gestaltet werden können.

### **Gesprächsrunde 1: Gemeinsam lernen!**

Anne Gersdorff verbrachte ihre ersten Schuljahre in einer Förderschule. Nicht weil sie oder ihre Eltern das wollten, sondern weil die Schulleiterin einer Berliner Grundschule Anfang der 90er Jahre keine Rampe an das Schulgebäude bauen lassen wollte. „Jeder Weg zur Förderschule dauerte eine Stunde und verstärkte das Gefühl, in zwei Welten zu leben“, berichtete sie. Ab der siebten Klasse konnte Anne Gersdorff dann eine Regelschule in Brandenburg besuchen. Aber auch das war eigentlich nicht „vorgesehen“, sondern nur möglich, weil sich ihre Eltern sehr dafür eingesetzt haben. Mittlerweile berät Anne Gersdorff als studierte Sozialarbeiterin andere Schüler\*innen.



Vor dem Hintergrund solcher und ähnlicher Erfahrungen diskutierte Özcan Mutlu, Sprecher für Bildungspolitik mit Anne Gersdorff, Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen, und Dieter Katzenbach, Professor am Institut für Sonderpädagogik der Universität Frankfurt am Main. Die Gesprächsrunde war sich sehr schnell einig: Die Veränderung hin zu einem inklusiven System ist in Deutschland auch deswegen so schwierig, weil unser Schulsystem sehr auf

Ausschluss und das Sortieren von Schüler\*innen ausgerichtet sind. Schulen können erst dann inklusiv sein, wenn wir, egal in welcher Schulform, eine „Kultur des Behaltens“ leben, so Löhrmann.

Die Diskussion zeigte, dass es sehr auf die Haltung und die Unterstützung in einer Schule ankommt. Damit der Umbau gelingt, müssen Lehrer\*innen, Sonderpädagog\*innen und zahlreiche andere Berufsgruppen im Team arbeiten und Netzwerke zwischen Schulen und anderen Bildungsorten gebildet werden. Schulen, die inklusiv unterrichten und auf individuelle Förderung eingestellt sind, sind nach kurzer Zeit, das zeigt die Erfahrung, auch bei Eltern mit nichtbehinderten Kindern sehr beliebt. Damit mehr behinderten Jugendlichen der Übergang von der Schule auf den allgemeinen Arbeitsmarkt möglich wird, muss darüber hinaus die Beratung an den Schulen verbessert werden – auch, indem Menschen mit Behinderungen selbst beraten.

Mit Blick auf die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention dürften Förderschulen nicht die Regel, sie müssen in jedem Fall die Ausnahme sein, erläuterte abschließend Professor Katzenbach. Es sei zwar historisch verständlich, aber unvereinbar mit der Konvention, dass gegenwärtig der Ausbau inklusiver Bildungsstrukturen unter Kostenvorbehalt stehe, während das Förderschulsystem unhinterfragt weiter finanziert werde. Zu den Kosten, die im Zuge des Umbaus und auf lange Sicht entstehen bzw. eingespart werden, seien Längsschnittuntersuchungen nötig. Denn bislang, so Katzenbach, lägen keine belastbaren Zahlen vor. Sinken würden die Kosten langfristig allerdings überhaupt nur, wenn man das Förderschulsystem systematisch abbaue.

Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat bereits 2011 einen Beschluss zur inklusiven Schulbildung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen gefasst, den die Länder seitdem mit unterschiedlichem Ehrgeiz umsetzen. Um endlich auch den Lehrer\*innennachwuchs auf die Inklusion vorzubereiten, will die KMK noch 2014 den Beschluss fassen, dass alle Lehramts-Studiengänge Grundkenntnisse über inklusiven Unterricht vermitteln.

## **Gesprächsrunde 2: Gemeinsam arbeiten!**

„Probier es einfach mal aus“ – wenn Josef Brunner, Geschäftsführer der RO/SE Blechverarbeitung, mit anderen Unternehmerinnen und Unternehmern über Scheu spricht, gezielt Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen, ist sein Ratschlag eindeutig: „Es ist mehr möglich, als man vorher vielleicht denkt.“

Mit ihm und zwei weiteren Gästen tauschte sich Corinna Ruffer, Sprecherin für Behindertenpolitik, in der zweiten Gesprächsrunde der Tagung über die Chancen eines inklusiven Arbeitsmarktes aus. Neben Herr Brunner erzählte auch Ingo Busch, der aus einer Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt gewechselt ist, von seinen Erfahrungen. Lisa Pfahl, Professorin für Disability Studies an der Humboldt-Universität zu Berlin, ergänzte die Runde aus wissenschaftlicher Sicht.



Ingo Busch berichtete, dass er bei seinem Wechsel aus der Werkstatt vom Begleitenden Dienst gut unterstützt. Über Praktika konnte er herausfinden, welche Arbeitsstelle seinen Bedürfnissen entspricht. Was ihm fehle, sei allerdings ein Abschluss, der allgemein anerkannt ist. Den möchte er nun nachholen. Es sei aber gar nicht einfach, Ansprechpartner zu finden, die ihn in dieser Frage beraten und unterstützen. Hier knüpfte Professorin Pfahl an: Die Frage der Abschlüsse sei tatsächlich sehr relevant, insbesondere beim Übergang von der Schule in den Beruf. Keines der zahlreichen Angebote des Übergangs biete gegenwärtig die Möglichkeit, einen Abschluss zu machen. „Es ist derzeit wirklich eine Portion Zufall und Glück nötig, um aus diesem System auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu wechseln“, stellte sie deshalb fest.

Man dürfe aber nicht nur die Instrumente betrachten, die dazu gedacht sind, Menschen mit Behinderungen in ihrer Teilhabe am Arbeitsleben zu unterstützen – der gesamte Arbeitsmarkt müsse in den Blick genommen werden, so Pfahl. In einem inklusiven Arbeitsmarkt wären auch derzeit benachteiligte Bevölkerungsgruppen repräsentativ in allen Bereichen und allen Gehaltsstufen vertreten. Das ist gegenwärtig ganz offensichtlich nicht der Fall. Spezielle Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in Werkstätten nehmen sogar zu: Heute arbeiten etwa 300.000 Personen in Werkstätten für behinderte Menschen – etwa doppelt so viele wie vor zehn Jahren. So arbeitet heute eine ganze Reihe von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten, die bis vor einigen Jahren noch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt beschäftigt worden wären. Dadurch sei mittlerweile ein anderer, heterogenerer Personenkreis in den Werkstätten tätig und jene, für die sie ursprünglich geschaffen wurden, halten teilweise dem Druck in der Werkstatt nicht mehr stand und „rutschen“ in den Förderbereich, berichtete Pfahl. Sie sieht diese Entwicklung auch im Zusammenhang mit der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, die insgesamt den Druck auf Arbeitnehmer\*innen erhöhe. Um langfristig die Chancen behinderter Menschen, die heute in einer WfbM arbeiten, auf einen Arbeitsplatz am allgemeinen Arbeitsmarkt zu verbessern, müssten die Leistungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen besser verschränkt werden, so Pfahl.

In der anschließenden Debatte mit dem Publikum sorgte insbesondere die Rolle der Werkstätten für Zündstoff: Manche Teilnehmenden betonten, Werkstätten seien Teil eines inklusiven Arbeitsmarktes und das Problem bestünde darin, dass Menschen stigmatisiert würden, wenn sie dort arbeiten. Die Mehrheit aber hielt dagegen. Werkstätten seien mittlerweile große Konzerne, die den

Produktionsdruck auch an ihre Beschäftigten weitergeben. Darüber hinaus hätten sie kein großes Interesse, ihre Leistungsträger\*innen in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu vermitteln. Herr Brunner ergänzte, dass er tatsächlich mit Werkstätten um Aufträge konkurriere – und auch schon „unterboten“ wurde.

Auf großen Zuspruch stieß das Budget für Arbeit: Die Möglichkeit, die finanzielle Unterstützung, die Menschen für einen Werkstattarbeitsplatz erhalten, auf den allgemeinen Arbeitsmarkt „mitzunehmen“, solle bundesweit eingeführt werden. Eine derartige Personenzentrierung sei sehr hilfreich, um den Übergang aus der Werkstatt zu erleichtern. Gegenwärtig gebe es leider noch zahlreiche Probleme in der Praxis: So wird es nur in wenigen Bundesländern eingesetzt, und ein Mensch mit Unterstützungsbedarf muss erst als „voll erwerbsgemindert“ etikettiert werden, um Anspruch darauf zu haben. Dieses Stigma verhindert aber gleichzeitig oft, dass ein Arbeitsplatz gefunden wird. Sinnvoll wäre es darüber hinaus, auch die Ausbildungszeiten zu flexibilisieren. Hier seien die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern gefragt, die teilweise bereits erste Schritte in diese Richtung unternehmen.

Abschließend wurde die Frage eines Mindestlohns für Werkstattbeschäftigte diskutiert. Schnell wurde deutlich, dass ein Mindestlohn unter den gegebenen sozialrechtlichen Bedingungen für Werkstattbeschäftigte keine Vorteile hätte: Er würde auf andere Leistungen angerechnet. Wenn sich die Werkstätten aber konsequent weiter entwickelten, müsse der Mindestlohn selbstverständlich auch dort gelten.

### **Gesprächsrunde 3: Gemeinsam leben!**

Weil die Studentin Jenny Bießmann zusammen mit einem Freund, der ebenfalls einen Rollstuhl nutzt, in einer WG leben wollte, mussten sie gemeinsam gegen den Sozialhilfeträger in Hamburg klagen. Der wollte nur die Kosten für Wohnheimplätze übernehmen. Mit einem kompetenten Rechtsanwalt, Durchhaltevermögen und eigener Recherche gewannen sie den Rechtsstreit. Heute berät Frau Bießmann – neben ihrem Studium – andere Menschen mit Behinderungen, wenn solche oder ähnliche Probleme auftreten. Das ist leider oft der Fall, denn wer Unterstützung benötigt und diese in einer eigenen Wohnung bekommen möchte, muss mit komplizierten Anträgen kämpfen und hart mit dem Sozialhilfeträger verhandeln.



Wie kann sich das ändern? Warum ist der Weg in eine stationäre Einrichtung immer noch häufig der leichtere? Über diese Fragen sprach Markus Kurth, Sprecher für Rentenpolitik, in der dritten Gesprächsrunde der Tagung mit Jenny Bießmann und Johannes Schädler, Professor und Geschäftsführer des Zentrums für Planung und Evaluation Sozialer Dienste an der Universität Siegen.

Die Probleme waren schnell identifiziert: zu wenig barrierefreier und bezahlbarer Wohnraum und zu wenig politische Steuerung vor Ort. Gegenwärtig haben die Anbieter von Unterstützungsleistungen noch zu viel, Menschen mit Behinderungen selbst dagegen zu wenig Kontrolle über die Unterstützung, die sie leisten bzw. erhalten. Darüber hinaus führen finanzpolitische Fehlanreize für Kostenträger immer wieder dazu, dass Menschen in Wohnheime gedrängt werden (Mehrkostenvorbehalt).

Ähnlich wie im Bildungsbereich wird auch mit Blick auf die Gestaltung inklusiver Strukturen in den Kommunen deutlich, dass sich vergleichbare Regionen durchaus unterschiedlich entwickelt haben. Auch in ländlichen Räumen gebe es immer wieder überraschende Arrangements, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, erläuterte Professor Schädler. Doch auch wenn stationäre Angebote etabliert und für Träger attraktiv seien, entstehe ein bedarfsgerechtes System ambulanter Dienste nicht von selbst. Wichtig sei in jedem Fall, dass es vor Ort eine Auseinandersetzung darüber gebe, wie die bestehenden Strukturen weiter entwickelt werden können. Auch die bisher eher zögerliche Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets müsse in diesem Zusammenhang verstanden werden, so Schädler: Wenn Menschen mit höherem Hilfebedarf persönliche Budgets für ein selbstbestimmtes Leben nutzen wollen, sind sie in aller Regel auf flexible ambulante Dienste und auf qualifizierte Beratung angewiesen. Ohne den politischen Willen der Kommunen können neue Leistungsformen nicht wirksam werden, auch wenn sie gut begründet sind.

Das Publikum sprach sich ebenfalls deutlich für eine Beteiligung der Menschen vor Ort aus: Selbstbestimmung sei mehr als die Auswahl aus einem bestehenden Angebot an Unterstützungsformen. Beiräte, zum Beispiel in Wohnheimen und in kommunalen Gremien, erlauben bereits eine bessere Beteiligung – sie gelte es flächendeckend zu etablieren. In einigen Regionen werden hier bereits gute Erfahrungen gemacht.

## **Abschlussrunde: Mehr Solidarität!**

„Ich würde sagen, dass die Tatsache, dass ich heute hier in Berlin bin und an dieser Tagung teilnehme, ihre Wurzeln darin hat, dass ich auf einer Regelschule war. Wäre ich auf eine Sonderschule gegangen, würde mich niemand kennen, dann wäre ich einfach noch einer mit Down Syndrom“, so deutlich formuliert es zum Abschluss der Tagung Pablo Pineda Ferrer im Gespräch mit Corinna Ruffer. In Spanien, seiner Heimat, wurden Sonderschulen bereits Mitte der 1980er Jahre abgeschafft. Auch das Verständnis von Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen verändere sich mehr und mehr – von einem karitativen zu einem solidarischen Ansatz: „Wir wollen nicht Mitleid und Hilfe, wir wollen mit unseren Rechten ernst genommen werden.“



Trotzdem gebe es auch in Spanien noch viele falsche Vorstellungen über Menschen mit Behinderungen: „Die Gesellschaft muss an mich und meine Fähigkeiten glauben“, erklärt Pineda, der einen Hochschulabschluss in Pädagogik und Psychologie hat. Es müsse einen Mentalitätswandel geben; das aber sei ein langer und tiefgreifender Prozess. Das wurde auch im Gespräch über die Liebesgeschichte deutlich, die Pineda als Schauspieler in dem Film „Mee too – wer will schon normal sein?“ dargestellt hat. Der Film orientiere sich an seinem Leben, tatsächlich habe er aber bisher noch keine Partnerin gehabt. Es sei einfacher, als fähiger Lehrer anerkannt zu werden, als als Sexualpartner. Wer sich in einen Menschen mit Down-Syndrom verliebt, müsse diesen Unterschied als schön empfinden – das gelinge gegenwärtig nichtbehinderten Menschen noch selten.